



GÖTTINGER BLÄTTER

02.2015

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Nützliche Terroristen

Frankreich kann stolz sein auf seine Bürger, die es geschafft haben, am Sonntag zur größten Massenmanifestation seit der Befreiung von den deutschen faschistischen Besatzern auf die Straßen zu gehen. Fünf Millionen Menschen demonstrierten ihren Willen zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten. Auch in vielen anderen europäischen Städten fanden größere und kleine Solidaritätsbekundungen statt. Es ist gut zu wissen, daß sich so viele Menschen Gedanken machen über Freiheit und Demokratie – zumindest die nach bürgerlichem Zuschnitt.

Den meisten der Demonstranten vom Sonntag dürfte aber kaum bewusst sein, daß gleichzeitig mit ihrem eindrucksvollen Bekenntnis neue Bemühungen einsetzten, um genau diese bürgerlichen Freiheiten weiter zu verstümmeln. Denn die Meldungen über die Ideen der Innenminister der EU-Staaten zu verstärkter Überwachung und Bespitzelung ALLER Andersdenkender, über die geplante Mobilisierung von 10.000 Soldaten in Frankreich zum Einsatz »an sensiblen Punkten des Landes«, oder über die verstärkte Schwerpunktsetzung auf den Bereich »Sicherheit« in EU-Kreisen werden nicht mit soviel Nachdruck verbreitet. Es fällt schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, daß die Herrschenden den blutigen Terror in Paris begierig dazu nutzen, die bürgerlichen Freiheiten noch mehr zu beschneiden.

Warum wohl ist in französischen Medien die Rede vom »11. September Frankreichs«? Die Anschläge jenes Tages im Jahr 2001 auf die Städte New York und Washington boten der politischen Führung der USA einen geradezu willkommenen Anlass, den sogenannten »Patriot Act« durchzusetzen, der offensichtlich von langer Hand geplant war und auf dessen Grundlage die Willkür des imperialistischen Staates schier grenzenlos wurde. Und wir sollten nicht vergessen, daß jener 11. September wenige Wochen

später zum Anlaß genommen wurde, einen furchtbaren Krieg in Afghanistan vom Zaun zu brechen, dessen Ausgang weitgehend bekannt ist, wobei die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung wahrscheinlich für immer im Dunklen bleiben wird.

Wir sollten nicht vergessen, daß Frankreich zu jenen Staaten gehörte, die über Afghanistan herfielen, und daß Frankreich zu den Hauptakteuren des Luftkrieges der NATO gegen Libyen gehörte, um dort wildgewordene Gotteskrieger im Kampf gegen einen unbotmäßigen Staatschef zu unterstützen, und dass jene Gotteskrieger sich heute immer noch gegenseitig bekriegen und Libyen in ein tiefes Chaos gestürzt haben. Auch nicht, daß Frankreich darauf drängte, einen ähnlichen Luftkrieg gegen Syrien zu beginnen, unter ähnlichen Vorzeichen wie gegen Libyen.

Wer heute gegen den Terror auf der Straße demonstriert, muss auch daran denken, daß ausnahmslos alle Mitgliedsstaaten der NATO verantwortlich sind für den Terror gegen die Menschen in Afghanistan, im Irak und auch in Syrien, denn viele der Anführer der Dschihadisten aller Couleur – von Al Kaida bis zum IS – würden ohne die Ausbildung, Bewaffnung und Finanzierung des Westens und der mit dem Westen verbündeten Ölscheichs gar nicht existieren. Was unterscheidet einen Terroristen, der in Paris Journalisten erschießt, von einem NATO-Offizier, der in Afghanistan die Bombardierung einer Hochzeitsgesellschaft befiehlt?

Etwa 40 Staatenlenker liefen am Sonntag in der ersten Reihe, darunter Frau Merkel und die Herren Cameron aus Britannien und Netanjahu aus Israel. Die meisten von ihnen haben Blut an den Händen. Wer – mit vollem Recht – gegen Terrorismus protestiert, sollte sich nicht mit Leuten verbünden, die für Staatsterrorismus verantwortlich sind.

Von Uli Brockmeyer, Leitartikel aus der Zeitung der Kommunistischen Partei Luxemburgs – Zeitung vom Letzeburger Vollek

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Nützliche Terroristen	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE.	9
Die LINKE. Kreistagsinfo	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Nieders. Exportwirtschaft	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 03.2015
ist der 13. Februar.
Auslieferung am 19. Februar.

Kein Fußbreit den Neonazis und deren Unterstützern – weder in Güntersen noch anderswo!

Obwohl es in Güntersen keinerlei Bezug zu Horst Wessel gibt, wollen die Neonazis vom Ortseingang zum Dorffriedhof laufen und ausgerechnet vor dem Landgasthof Lindhorst enden, in dem der Rockerclub „Hells Angels“ ihre regelmäßigen, bundesweiten Treffen abgehalten hat. Diese Willkür gipfelt darin, dass auf dem Friedhof neben dem obligatorischen Soldatendenkmal auch ein Mahnmal für die von den Nazis ermordeten sowjetischen Zwangsarbeiter steht.

Wir rufen alle AntifaschistInnen und Nazi-GegnerInnen dazu auf, am 28. Februar den Aufmarsch der Neonazis zu verhindern und die Menschen in Güntersen nach allen Kräften zu unterstützen!



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer dankt der UNO

**Erklärung der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) zur
Annahme einer UN-Resolution gegen Neofaschismus, Geschichtsrevision,
Rassismus und fremdenfeindliche Intoleranz:**

Mitte Dezember 2014 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York eine grundlegende Resolution (A/C.3/69/L.56/Rev.1) zur Bekämpfung der Glorifizierung des Nazismus und anderer Praktiken, die Rassismus, rassistische Diskriminierung, Xenophobie und damit verbundene Intoleranz schüren. Gleichzeitig werden alle Formen der Rehabilitierung der faschistischen Verbrechen und verbrecherischen Organisationen verurteilt.

Die Resolution erinnert an die Grundsätze des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses und die Urteile, die unter anderem die SS mit allen ihren Teilen, insbesondere die Waffen-SS, zur kriminellen Organisation erklärt und weitere Festlegungen zur Frage der Verbrechen gegen die Menschlichkeit traf, die bis heute Gültigkeit haben.

Die Erklärung bestätigt die Durban-Resolution vom September 2001: „**Wir verurteilen den Fortbestand und das Wiederaufleben von Neonazismus, Neofaschismus und gewalttätigen nationalistischen Ideologien, die auf rassistischen oder nationalen Vorurteilen gründen.**“ Jegliche positive Bezugnahme auf das Naziregime und mit ihm verbundene Regierungen und Organisationen sollte verboten werden. Besorgt ist man über die Zunahme extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien in Parlamenten und darüber, dass traditionelle Parteien mit diesen Koalitionen eingehen.

Die beschlossene Erklärung verurteilt alle Praktiken, „**die das Andenken der unzähligen Opfer der im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschmutzen [...] und Kinder und Jugendliche negativ beeinflussen**“.

Die Erklärung schließt damit, „**dass Staaten, die nicht wirksam gegen diese Praktiken vorgehen, gegen die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nach deren Charta und gegen die Ziele und Grundsätze der Organisation verstoßen**“.

Die FIR dankt allen Staaten und Regierungen, die mit der Annahme dieser Resolution die Warnungen der antifaschistischen Kräfte in vielen Ländern vor dem Anwachsen neofaschistischer und extrem rechter politischer Gruppen, von Rassismus und fremdenfeindlicher Intoleranz ernst nehmen. Die FIR kann es nicht verstehen und akzeptieren, dass die meisten Staaten der Europäischen Union sich in der Abstimmung enthalten haben. Der italienische UN-Botschafter meinte zwar, man zweifele an der „Ehrlichkeit des Resolutionstextes“. Er konnte jedoch keinen Punkt nennen, der gegen die Grundsätze der Vereinten Nationen gestanden hätte.

Die internationale antifaschistische Bewegung sieht in dieser UN-Resolution ein positives Signal, in Vorbereitung auf den 70. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg allen Versuchen der Rehabilitierung oder der Geschichtsvergessenheit entgegenzutreten.

► Antifaschistische Proteste in Günterssen unterstützen!

Wie bereits in den Göttinger Blättern vermeldet, wird am 28. Februar ein überregionaler Neonazi-Aufmarsch im Göttinger Umland stattfinden. Gemeinsam mit den Bündnispartnern im „Bündnis gegen Rechts Göttingen“ und dem antifaschistischen „Güntersener Frühlingsfest“ rufen wir als VVN-BdA zur Teilnahme an den Protestaktionen und Blockaden gegen die Nazis auf.

Das Göttinger Bündnis gegen Rechts wird Busse nach Günterssen bereitstellen. Busfahrkarten können im Buchladen Rote Straße, in der ver.di Geschäftsstelle sowie im DGB Büro erworben werden. Die Kosten betragen pro Ticket 8 EUR (ermäßigt 2 EUR). Es empfiehlt sich, möglichst frühzeitig

Karten zu kaufen, damit die Organisatoren bei größerer Nachfrage noch die Möglichkeit haben, zusätzliche Busse zu ordern. Abfahrt der Busse wird voraussichtlich um 8:30 sein, die Rückfahrt aus Günterssen wird voraussichtlich stündlich ab 17:30 als Bus-Shuttle möglich sein.

In Günterssen selber wird die Protestaktion durch verschiedene musikalische, kulinarische und kulturelle Angebote bereichert.

Lasst uns als VVN-BdA-Kameradinnen und -kameraden zahlreich in Günterssen präsent sein, die Neonazis blockieren und aktiv Infomaterial der VVN-BdA sowie die aktuelle „antifa“ verteilen!

► Liberté – Égalité – Fraternité

Aus der Erklärung des Bundessprecherkreises der VVN-BdA vom 12.01.2015 anlässlich der islamistischen Terrorakte in Paris:

„Beides, Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit, teilen die Attentäter mit jenen, die ihre Taten zum Anlass nehmen, nach einem autoritären Staat zu rufen. Dagegen stehen wir mit Millionen Menschen in Europa für die Verteidigung der Demokratie. Die Errungenschaften der Französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Maßstab für eine Gesellschaft, die allen Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, müssen gegen Salafisten, Antisemiten, Rassisten und Faschisten, gegen PEGIDA- und HOGESA-Bewegungen verteidigt

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Am Dienstag, den 10. Februar 2015

Das Treffen findet um 20:00 im Berliner Hof statt



► Neue Maßnahmen der Vereinigten Staaten zu Kuba treten in Kraft

Die Wirtschafts- Handels- und Finanzblockade bleibt bestehen

Die Regierung der Vereinigten Staaten kündigte am 15. Januar an, dass von heute Freitag (16.01.2015), die von Präsident Barack Obama am 17. Dezember 2014 angekündigten Maßnahmen in Kraft treten werden, die einige Handelsrestriktionen und die Beschränkungen für eine bestimmten Kategorie von US-Bürgern für Reisen nach Kuba aufheben. Eine vorläufige Lektüre der vom Finanz- und Handelsministerium herausgegebenen Regelungen deuten darauf hin, dass diese die Anwendung einige der Blockadestimmungen gegen Kuba modifizieren.

Obwohl das vollständige Verbot für Reisen nach Kuba nicht aufgehoben wird, wofür die Zustimmung des Kongresses erforderlich ist, werden einige Beschränkungen für Reisen von US-Bürgern und Personen mit dauerndem Wohnsitz in den Vereinigten Staaten, die zu den 12 autorisierten Kategorien gehören, beseitigt. Unter anderem werden die Ausgabebeschränkungen für US-Reisen nach Kuba aufgehoben und es ist den Reisenden erlaubt, Kredit- und Debitkarten zu benutzen, den Fluggesellschaften und Reisebüros ist es gestattet Besuche zu organisieren und die Dienste von Versicherungsgesellschaften in Anspruch zu nehmen. Jedoch ist es den US-Amerikanern nicht erlaubt, auf dem Seeweg nach Kuba zu reisen.

Zu den angekündigten Maßnahmen gehört auch, dass die Begrenzung der Geldüberweisungen nach Kuba von 500

auf 2000 Dollar dreimonatlich angehoben wird.

Die Exportbeschränkungen der Vereinigten Staaten nach Kuba, besonders die von High Tech Produkten wird beibehalten; ausgenommen davon sind der Verkauf von Baumaterial und landwirtschaftlichen Geräten an Privatpersonen, die anscheinend über kubanische Unternehmen ablaufen sollen.



Weiterhin bleibt der Export von kubanischen Produkten für den US-Markt verboten; davon ausgenommen sind nur die US-Besucher, die bei ihrer Rückkehr Produkte mit sich führen dürfen, die einen Wert von 400 Dollar, davon nicht mehr als 100 Dollar für Tabak und Rum, nicht überschreiten.

Der Bereich Telekommunikation wurde in den Regelungen ausgiebig behandelt, was sich aus den Zielen der US-Politik ergibt, den Einfluss auf die kubanische Gesellschaft zu erhöhen. Deswegen ist der Bereich Infokommunikation der einzige, dem es gestattet ist, Investitionen in die Infrastruktur zu machen und staat-

lichen Unternehmen Dienstleistungen, Software, Apparaturen und Hardware zu verkaufen, allerdings keine High Tech Produkte.

Auf der anderen Seite ist es den US-Finanzinstitutionen erlaubt, für von beiden Seiten genehmigte Transaktionen, Konten bei kubanischen Banken zu eröffnen. Aber das beruht nicht auf Gegenseitigkeit. Kubanische Banken können nicht ebenso in den Vereinigten Staaten verfahren.

Die Regulierungen modifizieren nicht die strengen bestehenden Restriktionen beim Transport auf dem Seeweg, auch wenn von diesem Augenblick an Schiffe, die Nahrungsmittel, Medizin, medizinische Geräte und Material für Notsituationen aus Drittländern nach Kuba schicken, nicht mehr, wie bisher, 180 Tage warten müssen, bis sie einen US-Hafen anlaufen dürfen.

Die wesentlichen Aspekte der Blockadepolitik, die Kuba beeinträchtigen, wurden nicht verändert. Dazu gehören die Benutzung des Dollars bei internationalen Transaktionen Kubas, der Erwerb von Ausrüstung und Technologie mit mehr als 10% US-Komponenten über andere Märkte, die Möglichkeit mit Filialen von US-Unternehmen in Drittländern Handel zu treiben und der Import von Waren, die kubanische Rohstoffe enthalten.

Die angekündigten Maßnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber es muss noch ein langer Weg zurückgelegt werden, damit der Präsident viele andere Aspekte der Wirtschafts- Handels- und Finanzblockade mittels seiner exekutiven Befugnisse abbaut und der US-Kongress endgültig dieser Politik ein Ende setzt.

Quelle: www.granma.cu,
<http://www.granma.cu/idiomas/aleman/kuba/16genero-medidas.html>

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Sind Tsipras und Syriza vom Teufel?

Neuwahlen in Griechenland und das Demokratieverständnis der sogenannten europäischen Geberländer

Da haben Familienclans wie die Karamanlis und Papandreou mit einigen anderen Oligarchen das Land ausgebeutet, ohne dass sich da je jemand in den Staatsführungen Europas groß aufgeregt hätte. Da gehören große Teile von London-City z.B. griechischen Multimillionären und Milliardären, die ihre Euros während der sogenannten Krise außer Landes schafften in Immobilien anlegten und ihr Land in Stich ließen. Und da stehen auf der anderen Seite Millionen von Normal- und Geringverdiener/innen und Rentner/innen, denen ihre Einkommen und Bezüge teilweise halbiert wurden und hunderttausende von Jugendlichen, die keinen Ausbildungs- und Arbeitsplatz erhalten. Die Milliarden der europäischen Geberländer wurden überwiegend zur Sanierung von Banken (und zum Ankauf deutscher U-Boote) aufgewendet. Und nun, nachdem Samaras Wunschkandidat Dimas im Parlament zum dritten Mal nicht die erforderliche Mehrheit erhalten hat stehen nach der griechischen Verfassung Neuwahlen an. Und da der linken Syriza mit ihrem Spitzenkandidaten Tsipras gute Aussichten für eine Wahlerfolg vorausgesagt werden, überschlagen sich die europäischen Politiker mit Warnungen und Drohungen.

Juncker droht unter der Begleitmusik der vorläufigen Einstellung der Zahlungen bis zum Wahltag durch den Währungsfond, dass die Griechen schon wissen müssten, wen sie zu wählen haben. Schäuble warnt vorsorglich: „Wenn Griechenland einen anderen Weg einschlägt, dann wird es schwierig,“ und pocht auf die strikte Einhaltung der geschlossenen Knebelverträge. Was hat Tsipras vor, dass er sich einer so harten Front von Gegnern und einer klaren Wahleinmischung aus EU und deren Staatslenkern/innen gegenüber sieht. Er will den drastischen Sparkurs gegenüber den „kleinen Leuten“ beenden und die Renten und Löhne wieder anheben. Er will die totale Privatisierung von Staatseigentum stoppen und in Teilen umkehren und möglicherweise einen Schuldenschnitt vollziehen. Diese

bei einem Wahlsieg geplanten Vorhaben genügen anscheinend Junker, Merkel usw., um sich ohne jede Scham, offen in den laufenden griechischen Wahlkampf einzumischen und sich massiver zu positionieren, als dies je gegenüber europäischen Rechtspopulisten und Autokraten getan haben. Hier scheint mir doch ein getrübtetes Demokratieverständnis vor zu liegen. (g.n.)

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 03. Februar, 20.00 Uhr

Vorbereitungen für den 8.Mai 2015
70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Dienstag, 20. Februar, 20.00 Uhr

Thema wird am 03. Februar festgelegt

Wer Rettet Wen?

Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit

**Filmvorführung am 11. Februar 2015 um 19.30 Uhr
bei den NaturFreunden Göttingen im Naturfreundeweg 1**

Seit fünf Jahren werden Banken und Länder gerettet. Politiker schaffen immer neue Rettungsfonds, während mitten in Europa Menschen wieder für Hungerlöhne arbeiten. Es wird gerettet, nur keine Rettung ist in Sicht.

Retten wir die Griechen, Spanier, Italiener?
Griechenland hat „Hilfspakete“ über 240 Mrd. € erhalten. Gerettet wurden damit aber nicht die Griechen. Seither sind die Investitionen um 50 Prozent zurückgegangen. 50% der Jugendlichen sind arbeitslos. Apotheken geben Medikamente nur noch gegen Bargeld aus. Gerettet wurden die privaten Banken, Versicherungen und Hedgefonds. Praktisch nur bei Ihnen war Griechenland bis 2009 verschuldet. Mittlerweile sind diese Schulden auf uns übertragen, auf die europäischen Steuerzahler! Wir haben dadurch 300 Mrd. € Schulden mehr. Für große Banken ist die Finanzkrise dagegen vor allem ein Geschäftsmodell! Selbst der konservative Ökonom Hans-Werner Sinn hat ausgerechnet, dass diese Rettungsschirme nur im Interesse der der 5% Reichsten der Welt sind, während wir um unsere Altersversorgung bangen müssen.

Wer versteht, kann sich wehren
Viele Menschen ahnen, dass da etwas schief läuft. Sie fühlen sich ausgeliefert, weil sie das Spiel der Milliarden nicht verstehen. Der Film „**Wer Rettet Wen**“ wird helfen, die eigenen Interessen zu erkennen, die Strukturen der Finanzmärkte zu durchschauen.

Naturfreunde
Göttingen

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Je suis Charlie ...

Ich war ergriffen angesichts der Meldungen und Bilder von zweieinhalb Millionen Franzosen, die da nach den Tormorden auf den Straßen waren. Mit gutem Gespür für die politischen und sozialen Gefahren dieser Situation traten sie ein für Solidarität, Meinungs- und Pressefreiheit, gegen Rassismus und für Toleranz, gegen religiösen Fanatismus und für das friedliche Zusammenleben in der französischen Gesellschaft. Das war im besten Sinne ein republikanischer Marsch.

Und doch werden die Folgen ganz andere sein – europaweit.

Schon in den ersten Tagen nach den Attentaten sieht es so aus, als würde der 17-fache Mord vor allem ein Befreiungsschlag für die Durchsetzung rechter Politik:

Präsident Hollande forciert die militärische Auseinandersetzung mit dem IS-Kalifat indem er einen Flugzeugträger in den nahen Osten schickt.

Die BILD Zeitung titelt am 09. Januar: „Zwischenruf zum Anschlag in Paris – warum wir die Überwachung der NSA gegen den Terror brauchen“. Die CDU fordert die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung.

Innenminister de Maizièr will Verdächtigen die Personalausweise entziehen. Islamisten gelten als potenziell terrorverdächtig und werden prophylaktisch schon mal festgenommen (Spiegel online, 16.01.2015).

Alfred Müller befürchtet auf www.nachdenkseiten.de, dass die Möglichkeiten zur Sozial- und Medienkritik um Jahre zurück geworfen werden:

- „Die westliche Politik nutzt das Verbrechen, um ideologisch aufzurüsten: Die Morde waren ein Anschlag auf unsere „Werte“, auf die Freiheit und insbesondere auf die Pressefreiheit, auf die Demokratie.“
- „Damit wird vergessen gemacht, wie wertlos, wie wenig orientiert an Grundwerten der Menschlichkeit und Brüderlichkeit die Politik geworden ist. Es wird vergessen gemacht, dass es die vielbe-



Hurra! Die Pressefreiheit ist gerettet !!

Eine Vision, wer alles „Charlie“ sein könnte.

Wer mehr über die „Charlies“, die in Paris dabei waren, wissen möchte, hat hier die Gelegenheit:

<http://konjunktion.info/2015/01/pariser-gedenkkundgebung-wenn-politische-heuchler-sich-die-ehre-geben/>

schworene Wertegemeinschaft gar nicht gibt. Wo ist denn die Brüderlichkeit bei der Übertragung der sogenannten Reformpolitik auf Griechenland und andere Länder? Wo ist denn die Brüderlichkeit im Umgang mit den Menschen in Staaten, die der Westen destabilisiert hat? (...)

- „Sowohl in der Übernahme des Sprachgebrauchs – „Terror“ – als auch in auffallend oft hinterlassenen Bemerkungen zur angeblichen Notwendigkeit besserer Kooperation mit den USA und im Westen insgesamt muss doch klar werden, dass diese schrecklichen Ereignisse von Paris benutzt werden, den Schulterschluss zwischen den USA und Europa fester zu machen und überall einzuüben und in den Köpfen und Herzen zu verankern. (...)
- „Der Kampf gegen TTIP und andere Vorhaben wird (...) schwieriger. Da sollte man sich keine Illusionen machen.“
- „Die Kritik am Umgang mit Russland in der Ukraine-Krise und die Forderung nach Strukturen der gemeinsamen Sicherheit in Europa einschließlich Russlands werden es viel schwerer haben. Der Widerstand gegen Krieg wird es schwerer haben.“
- „Die Kritik an der Geopolitik der USA (und des Westens) wird abprallen an der

Solidarität der Europäer im Kampf gegen den Terror (...)

- „Medienkritik wird schwieriger...: Über 1 Million Menschen Menschen haben sich mit ihren Plakaten und Buttons „Je suis Charlie“ zu der Meinung bekannt, dass es hier einen Anschlag auf die vorhandene Pressefreiheit gegeben habe. Die Existenz von Charlie, die Existenz dieses kritischen Blattes wird als Existenz von pluraler Meinungsbildung gewertet. Das ist grotesk.“
- „Medienkritik ist stigmatisiert, das zeigt auch die Illustration, die (am 11. Januar, ote) die erste Seite der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung geziert hat. Aus dem Mund eines der Terroristen von Paris schallt der Ruf: „Lügenpresse!“ – Wehe, wir versuchen weiter die Glaubwürdigkeit vieler Medien zu hinterfragen.“
- „Aufklärung auch im Sinne der Suche danach, was die Terroristen von Paris zu ihren Taten tatsächlich getrieben hat und welche sozialen Hintergründe es gibt, ist nicht sonderlich aktuell. Gefragt wird nicht mehr, nicht nach den Hintergründen, auch nicht nach den Ungereimtheiten. Wer in diesen herumrührt, stellt sich außerhalb der geschlossenen Reihen (...)

(ote)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung im Februar

Dienstag, 3. Februar, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben,
Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Vorstellung Kampagne „Das muss drin sein. Leben ohne Zumutungen.“
Wahl von zwei verantwortlichen Ansprechpartnern aus dem KV Göttingen
3. Vorbereitung Landesparteitag am 7./8. Februar
4. Kreisvotum für Kandidatur Landesvorstand
5. Berichte aus den Ortsverbänden und der Kommunalpolitik
6. Fusion der KV Göttingen und Osterode
7. Asylpolitik und Aufnahme von Flüchtlingen in Göttingen
8. Anträge
9. Verschiedenes

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Diskussionsabend:

Montag, 02. März 2015, 19.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen

Schwerpunktt Themen: Kampagnen 10 Euro Mindestlohn steuerfrei + 500 Euro Hartz IV (Referent: Edgar Schu) und 30-Stunden-Woche (Referent: Jörg Mieke)

OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Nächster Termin im März

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mögliche Termine bei Uli Maschke (Adressenspalte) erfragen.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Montag, 23. Februar 2015, 19.30 Uhr im Balkangrill, Masch 25, Rosdorf
Öffentlichkeitsarbeit und weitere Arbeit

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum



Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546
rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 1523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

GÖLINKE. Ratsinfo *aktuell*

Nr. 30
Feb. 2015

„Diskussion“ über das Kunstquartier (KuQua) auch in linken Zusammenhängen – Erfolg des LINKEN Ratsantrags

In der Dezembersitzung des Rates der Stadt Göttingen wurde im Ergebnis einer seit 2008 begonnenen Diskussion um die Pläne für das sog. ‚Kunstquartier‘ das weitere Vorgehen für die Umsetzung dieser Pläne vorgelegt und beschlossen. Hintergrund: Die Stadt Göttingen hat in einem bundesweiten Wettbewerb zur Förderung von Kunst und Kultur einen millionenschweren Zuschlag bekommen.

Mit der Umsetzung der ersten Stufe der Planungen fließen nun 4,5 Millionen EURO nach Göttingen. Die Selbstbeteiligung der Stadt Göttingen an diesem Projekt beträgt 500.000 EURO, so dass ein Gesamtvolumen von 5 Mio. EURO zur Verfügung steht. Die Diskussionen und Debatten vor der Beschlussfassung waren in mehreren Sitzungen des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft, des Bauausschusses und der Ratssitzung stets genauso öffentlich wie unsere Fraktionssitzung und der kommunalpolitische AK der GÖLINKE.

Die Ratsfraktion der GÖLINKE. hat sich während der gesamten Dauer der Debatte aktiv eingebracht und ihre Positionen deutlich gemacht. Sowohl die Äußerungen in den öffentlichen Sitzungen (siehe oben) als auch die PM fanden in den lokalen Medien ihren Widerhall. Des Weiteren konnten wir mit unserem Ratsantrag die Verwaltung und die Mehrheitsfraktionen unter Druck setzen. Im Ergebnis konnten wir das maßgebliche Kriterium für eine Zustimmung zum ‚KuQua‘ in Gänze für die Beschlussvorlage im Rat durchsetzen – nämlich, dass die städtischen Ausgaben für das Projekt NICHT zulasten der Soziokultur, also zulasten der ‚kleinen‘ und ‚mittelgroßen‘ Initiativen, Vereine etc. gehen dürften. Auf dieses entscheidende Kriterium wurde sich im Anschluss von den Entscheidungsträgern jedes Mal öffentlich bezogen – letztmalig vom neuen Oberbürgermeister in seiner Rede auf dem Neujahrsempfang.

Zu diskutieren wäre ob es angemessen sei, Einsparungen beim städtischen Museum, dem Stadtarchiv und bei den Wechsellausstellungen im Alten Rathaus vorzunehmen. Das wiederum erarbeitet eine AG von Verwaltung und externen Fachleuten, siehe auch hierzu den entsprechenden Ratsbeschluss.

Es ist dabei NICHT automatisch davon auszugehen, dass das Angebot des städtischen Museums qualitativ schlechter wird, wenn man in die Berechnungen einbezieht, dass die Unterhaltungskosten des bisherigen maroden Standorts am Ritterplan erheblich sind und hier eine Besserung an einem anderen Standort in Aussicht ist. Was die beiden anderen Kürzungen angeht, so bitte ich dringend mit zu berücksichtigen aus welcher Richtung die Kritik in aller Regel kommt. Hier tun sich in erster Linie konservative Kräfte hervor, die sich Neuerungen und Änderungen prinzipiell verschließen und noch nicht einmal bereit sind, in einen offenen Diskurs zu treten.

Absurd wird es dann, wenn versucht wird, die Planungen zum KuQua mit der Problematik der Flüchtlingsunterbringung in Verbindung zu bringen. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun und eine Umwidmung von Mitteln aus einem bundesweiten Stiftungswettbewerb zur Förderung von Kunst und Kultur ist nicht möglich und es wäre politisch falsch diese wichtigen Themen gegeneinander auszuspielen!

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass wir LINKE es erreicht haben, dass der Soziokultur keine Mittel entzogen werden und wir damit unseren Beitrag geleistet haben, 4,5 Mio. EURO an zusätzlichen Mitteln aus dem genannten Wettbewerb nach Göttingen zu ziehen.

Des Weiteren wurde verhindert, dass die Umsetzung, Planung und Finanzierung der Maßnahmen und die möglichen Kürzungen (s.o.) transparent sind und weitere konkrete Schritte öffentlich diskutiert und umgesetzt werden. Das entspricht ebenfalls unseren Forderungen nach einem ‚gläsernen Rathaus‘.

Wir haben es mit unserem Kommunalwahlprogramm auf die Fahnen geschrieben, dass wir die Soziokultur fördern und die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für alle erreichen zu können. Beide Komponenten sind Bestandteil der aktuellen Beschlussfassung. Damit haben wir LINKE viel erreicht und wir werden diesen Weg auch in Zukunft nicht verlassen!

Patrick Humke (pah) für die Ratsfraktion

Wer weitere Informationen zum KuQua wünscht, kann die Unterlagen auf der HP der Stadt Göttingen einsehen, lesen, ausdrucken etc. oder man kann sie sich von der GÖLINKE. Ratsfraktion elektronisch zuschicken lassen.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Neue Töne von neuen OB

Man muss ja nicht in allen Dingen einer Meinung sein: Während der neue OB in seiner Neujahrsansprache das sogenannte Kunstquartier für eine wesentliche Errungenschaft hält, bin ich weiterhin sehr skeptisch, ob sich die damit verbundenen Hoffnungen, Göttingen zu einer internationalen Kunstoase zu entwickeln, auch nur ansatzweise erfüllen werden. Besonders bereiten mir aber die Folgekosten, die jetzt schon verkündeten Streichungen bei anderen wichtigen Göttinger Kultureinrichtungen und der bisher nur durch Wunschvorstellungen verbleibende Fehlbetrag von jetzt schon bezifferten 160.000 Euro deutliche „Magenschmerzen“.

Die Aussage jedoch, nach einem fast zwei jährigen Hickhack in Bauausschuss und Rat und der völligen Ignoranz gegenüber Anregungen und Einwendungen zweier Bürgerinitiativen zum Bebauungsplan des ehemaligen IWF, jetzt doch wieder „bei Null“ anzufangen, zeigt Mut und Eigenständigkeit. Die Überlegungen zur Abkehr einer reinen Investorenplanung zugunsten einer Angebotsplanung mit sozialpolitischen Akzenten setzt ein erster ernsthaftes Signal, dass neben reinen Gewinnabsichten auch soziale Verantwortung mit ins Kalkül gezogen

werden soll. (Kleine Anmerkung: Hätten wir TTIP schon, wäre das mit Sicherheit ein Fall für Schadensersatzklagen vor einem ominösen, rechtlich nicht legitimierten „Investorenentschädigungsgericht“.)

Auch die klare Aussage alles dafür tun zu wollen, „denen Obhut zu gewähren, die dem Grauen in ihrer Heimat gerade noch entkommen sind“ ist klar und begrüßenswert. Bleibt zu hoffen, dass er seine Mitarbeiter/innen in der Ausländerbehörde und im Ordnungsamt erkennbar ermutigt, nicht jeder Anweisung zur Zwangsabschiebung als „willenlose Werkzeuge“ zu folgen, sondern auch so etwas wie eigenverantwortliches Denken und Beamtencourage zu entwickeln.

Eine Abkehr von Prinzip „Weender hui, alle anderen Straßen im Innenstadtbereich pfui“ zeigt, dass er auch hier der Bauverwaltung neue Denkstrukturen mit auf den Weg geben will.

Bleibt zu wünschen, dass der neue OB Rolf Köhler nicht nur verbal neue Töne anschlägt, sondern sich auch gegen den zu erwartenden Widerstand des Apparates etliche seiner erst einmal ganz guten Vorsätze in die Tat umsetzen kann und wird. (gn)



Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Helmut Nebel,
Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 11. Februar, 19.00 Uhr

Rathaus Raum 112

Thema: Wohnraumentwicklung

Gast: Michael Mießner

► Mitteilungen des SprecherInnenkreises:

Erinnerung: Die die satzungsgemäße Jahreshauptversammlung ist auf den 13. April 2015 einberufen worden; der Antragschluss ist auf den 27.3.2015 festgelegt worden. Diese sind per Post an das Rote Zentrum oder per mail an goelinke@web.de zu schicken. Im Mittelpunkt dieser JHV wird die Diskussion und Beschlussfassung zu den Kommunalwahlen 2016 sowie die Neuwahl des SprecherInnenkreises und der RevisorInnen stehen.

Eine Einladung mit dem Vorschlag für eine Tagesordnung wird in März-Ausgabe der Göttinger Blätter stehen.

Der SprecherInnenkreis begrüßt den Beschluss des Göttinger Ortsverbandes der Partei DIE LINKE. vom 12. Januar, bei der Kommunalwahl im kommenden Jahr im Stadtgebiet wieder im Bündnis mit der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke anzutreten. Dies ist ein starkes Signal für die Fortsetzung einer bereits seit 1991 bestehenden Tradition, die linken Kräfte auf kommunaler Ebene zu bündeln statt zu zersplittern sowie eine konkrete Vorbereitung der Mitgliederversammlung 13. April.

Antrag an den Landesparteitag für steuerfreien Mindestlohn:

► Gegen die Überbesteuerung der Erwerbstätigen!

Antrag an den Landesparteitag: „DIE LINKE fordert, dass jeder gesetzliche Mindestlohn lohnsteuerfrei gestellt wird.“

DIE LINKE hat die Chance, die anderen drei Bundestagsfraktionen vor sich her zu treiben: Die Überbesteuerung durch die Lohnsteuer hat im Lauf der Jahrzehnte solche Ausmaße angenommen, dass sogar Alleinstehende nach der Lohnsteuerzahlung in vielen Fällen Hartz-IV-bedürftig werden.

Für eine Person, die in einer 38,5-Stundenwoche für 8,50 Euro (rund 1.400 Euro Brutto/Monat) arbeitet, besteht bei 350 Euro Warmmiete ein Anspruch als sog. „Hartz-IV-Aufstocker“.

Da der monatliche Steuerfreibetrag nur läppische 696 Euro beträgt, wird für jeden Euro darüber Lohnsteuer fällig. Dass heißt, dass der Geringverdiener nach Abzug der Lohnsteuer von seinem kargen Lohn zum Leistungsempfänger ergänzender Sozialhilfe gemacht wird!

Betroffen von dem um ca. ein Drittel zu geringen Steuerfreibetrag sind alle Erwerbstätigen, auch die Selbständigen.

Das muss und kann beendet werden! Der gesetzliche Mindestlohn muss steuerfrei sein! Das gilt sowohl für den aktuellen Mindestlohn von 8,50 Euro (Steuerersparnis: rund 76 Euro/Monat) als auch für den von der LINKEN geforderten Mindestlohn von 10 Euro (rund 152 Euro/Monat Ersparnis). Betroffene hätten dann bei einer 38,5-Stundenwoche und 10 Euro Stundenlohn monatlich rund 1.329 Euro statt nur rund 1.177 Euro bei aktuell gültiger (Über-) Besteuerung.

Durch die geforderte, gezielte Steuerentlastung kann der gemeinsame Wille der Bevölkerung gestärkt werden, an Stelle der Erwerbstätigen Großunternehmen und Superreiche endlich gezielt höher zu besteuern. Dies fordern Gewerkschaften, Sozialverbände, soziale Bewegungen und nicht zuletzt unsere Partei seit Jahren.

DIE LINKE verhilft mit der Forderung nach Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns der Absicht eines Bundesverfassungsgerichtsurteils aus dem Jahr 1992, das von der Regierung nur durch einen Umetikettierungstrick unterlaufen wurde, zum Durchbruch: „Der Mehrbedarf für Erwerbstätigkeit muss als Teil des Existenzminimums von Erwerbstätigen steuerfrei sein.“ Alleine das bedeutet eine notwendige Erhöhung des jährlichen Steuerfreibetrages von derzeit 8.354 Euro um 12 x 300, also 3.600 Euro!

In Ländern wie Frankreich ist die Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns selbstverständlich. Nach einem positiven Votum durch den Landesparteitag

Weitere Informationen auf der Homepage unseres Landesverbandes unter: Partei/Landesparteitag/Anträge (Antrag A9) oder unter www.mindestlohn-10-euro.de

esch

► Arbeitskreis Sozial-Ökologische Transformation gegründet

Am 9. Januar wurde in Hannover mit 35 Teilnehmer_innen aus ganz Niedersachsen der Arbeitskreis Sozial-Ökologische Transformation der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen gegründet, dabei kamen die Teilnehmenden vor allem aus der Partei DIE LINKE und verschiedener Initiativen, darunter erfreulicherweise auch studentische.

Der AK knüpft an die konkrete Arbeit der Landesstiftung und den Plan B der Bundestagsfraktion an. Die Treffen werden etwa alle zwei Monate stattfinden.

Die Zielsetzung hatte der Initiator das RLS-Nds.-Vorstandsmitglied Ulrich Schachtschneider wie folgt beschrieben: „Eine sozial-ökologische Transformation ist inzwischen zu einem zentralen Ziel linker Reformpolitik geworden. In ihr sollen idealerweise soziale und ökologische Reformideen zusammenfließen, die auf

Sackgassen aktueller Umwelt- und Sozialpolitik reagieren. Damit verbunden ist zumindest mittelfristig eine Überwindung auf Kapitaldominanz.“

Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch zwei Impulsreferate Schachtschneiders zum „guten Leben“ und der LINKEN Bundestagsabgeordneten Sabine Leidig zum Plan B. Der Plan B sind die im Jahre 2012 in einer öffentlichen Diskussion entwickelten Leitlinien für den sozialökologischen Umbau in den Bereichen Energie, Industrie, Mobilität und Agrarpolitik mit einem Ausblick auf das Jahr 2050. Als vier Prinzipien des Plans wurden benannt: „Gleichheit statt Klassenspaltung“, „Teilhabe statt Unsicherheit“, „Lenkung statt schrankenloser Markt“, „mehr Demokratie statt Kungelei.“ Die unterbrochene Diskussion soll noch in diesem Jahr wieder aufgenommen werden.

Informationen im Netz unter: www.plan-b-mitmachen.de

Eine Diskussion entspann sich über Definition und Begriff des guten Lebens, wobei Konsens herrschte, dass einerseits jedem Menschen die Basisgüter gewährleistet sein müssen, andererseits ein verschwenderischer individueller Lebensstil nicht mehr sinnvoll ist. Dies beinhaltet in Deutschland auch ein Hinterfragen des eigenen Lebensstils.

In drei Arbeitsgruppen wurden sowohl erste Reformideen, die von Seiten des Landes und Kommunen umgesetzt werden müssen als auch konkrete Projekte einzelner Initiativen benannt. So wurde in mehreren Arbeitsgruppen die Forderung nach einem kostenlosen ÖPNV erhoben.

Als konkrete Projekte wurden beispielsweise die Bildung von Kommunen und die Solidarische Landwirtschaft benannt.

Die Treffen sind öffentlich. Informationen und Anmeldungen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds., Tel. 0511 - 2790934 .

ef

DIE LINKE. *Kreistagsinfo* aktuell

Nr. 19 - Dezember 2014

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Neben der Verabschiedung des Haushalts, der von der LINKEN abgelehnt wurde, standen zwei Anträge der LINKEN zur Beratung an, wobei SPD und Grüne zumindest beim Antrag zu den Freihandelsabkommen Farbe bekennen mussten. Es bleibt aber festzuhalten, dass der neoliberale Kern nach wie vor unerschütterlich an seinem bisherigen Kurs festhält.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 6 – Übernahme von Verantwortung für den Rosdorfer Baggersee - Abfallentsorgung und Toiletten

Der gemeinsame Antrag der LINKEN und der Piraten wurde von Andreas Schelper (Piraten) eingebracht, der die unhaltbaren Zustände am Rosdorfer Baggersee beschrieb. Der See weise, unabhängig von einem bestehenden Badeverbot, Jahr für Jahr hohe Besucherzahlen auf; dennoch verweigere sich die öffentliche Hand ihrer Aufgabe, eine adäquate Müllentsorgung zu gewährleisten. Mit Verweis auf den Bienröder See bei Braunschweig erläuterte Schelper, dass trotz Badeverbots die Einhaltung von Mindeststandards durchaus realisierbar sei.

Von allen anderen Fraktionen kamen dagegen ablehnende Äußerungen, die nahezu ausnahmslos am Thema vorbeigingen und eine ziemliche Unkenntnis auch der bestehenden Eigentumsverhältnisse offenbarten. Nachdem Martin Worbes, Grüner Fraktionsvorsitzender – wie immer, wenn ihm etwas nicht passt – das Anliegen, ohne auch nur ein einziges sachliches Gegenargument zu bringen, komplett ins Lächerliche gezogen hatte, mahnte Eckhard Fascher eine ernsthafte Auseinandersetzung an. Es würde nämlich nicht verstanden, dass unabhängig von der Frage eines bestehenden oder nicht bestehenden Badeverbotes etwas getan werden muss, um die unhaltbaren Zustände in den Griff zu bekommen. Der Antrag wurde dann nach der Erstberatung in den Fachausschuss überwiesen.

TOP 7 – Regionales Raumordnungsprogramm aussetzen

Nachdem der Kreistag bereits im Juli den Entwurf für ein neues Regionales Raumordnungsprogramm (RROP) beschlossen hatte, wurde den Verantwortlichen in der Zwischenzeit klar, dass aufgrund der Veränderung wesentlicher Grundvoraussetzungen, u.a. durch die angekündigte Überarbeitung des Landesraumordnungsprogramms, der ursprünglich vorgesehene Zeitplan nicht eingehalten werden könne und dass es somit auch nicht mehr möglich sei, das Verfahren vor der Kreisfusion abzuschließen. Die Diskussionsprozesse seien inzwischen auch viel umfangreicher und durch das Internet gebe es eine viel stärkere Bürgerbeteiligung als früher, wie die Erste Kreisrätin erläuterte.

Aus einzelnen Fraktionen kamen Hinweise, dass die Tragweite des RROP nicht von Anfang an klar gewesen sei. Insbesondere wäre die Planungshoheit der Gemeinden in vielen Bereichen eingeschränkt worden, wäre das RROP nach dem vorliegenden Entwurf umgesetzt worden.

Die Erarbeitung eines neuen RROPs für den fusionierten Landkreis Göttingen ist nun ab 2017 geplant.

TOP 9 – Schutz der kommunalen Selbstverwaltung vor den Handelsabkommen CETA, TTIP, TISA

Der ursprüngliche Antrag der LINKSFRAKTION entsprach dem Beschluss des Göttinger Rates im Oktober. Um den Positionen der kommunalen Spitzenverbände zu entsprechen, wurde der Antrag von SPD und Grünen etwas modifiziert, womit DIE LINKE keine Probleme hat.

Eckhard Fascher ging es für DIE LINKE vor allem darum, dass die Daseinsvorsorge öffentlich und nicht durch den Markt geregelt werden sollen. In der Debatte wurde nicht nur von der LINKEN, sondern auch von anderen Fraktionen deutliche Kritik an dem undurchsichtigen Projekt geübt. Für die SPD kritisierte Gregor Motzer das Abkommen ein wenig. Zwischen den Zeilen war aber deutlich zu hören, dass die SPD am Ende ohnehin alles mittragen wird, was ohne ihre Beteiligung hinter verschlossenen Türen ausgeheckt wird. Die CDU begrüßt die Verhandlungen die TTIP & Co. ausdrücklich und glaubt wirklich, „kleine und mittlere Unternehmen könnten von diesen Abkommen profitieren“.

TOP 26 – Haushalt 2015

Zum ersten Mal seit längerer Zeit gab es bei den Haushaltsberatungen wieder – minimalen – Gestaltungsspielraum.

Für DIE LINKEN bedauerte Eckhard Fascher, dass dennoch weiterhin wichtige Institutionen - wie die Beratungsstelle für behinderte Menschen – in ihrer Existenz gefährdet werden. Auch bei der SGB II-Beratung sowie dem Frauennotruf und der Frauenberatung bleibt die Situation unbefriedigend.

Eine deutliche soziale Schieflage zeige sich auch bei den Reinigungskräften. Während hier gespart wird, wird bei den Beförderungen und Höhergruppierungen an der Spitze der Verwaltung deutlich großzügiger Verfahren. Positiv hervorzuheben ist dagegen die Umwandlung zahlreicher Honorarstellen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, was die CDU aber nicht verstanden hat und darum wieder die alte Platte auflegte, dass die Verwaltung aufgebläht werde. Dennoch zeige sich wie bisher eine Überlastung in einzelnen Bereichen wie der Waffenbehörde oder die Betreuung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge. Hier griff Fascher Bedneken des Personals auf.

Auch die Anhebung der Obergrenzen der Erstattungen bei den Mieten von SGB-Leistungsbeziehern wird von der LINKEN ausdrücklich begrüßt, nachdem im Kreistag Jahr für Jahr unablässig dafür gekämpft wurde. Dennoch bleibt festzustellen, dass die Optionskommune den Hartz-IV-Opfern praktisch keine Perspektiven bieten kann. Nur der Druck auf die Betroffenen wird ständig erhöht.

► Kreismitgliederversammlung vom 15. Dezember 2014

Im Mittelpunkt der mit rund 35 Mitgliedern gut besuchten Dezember-KMV standen vor allem personelle Entscheidungen. So konnte mit Oliver Preuß ein neuer Schatzmeister gewählt werden.

Als Mitglieder des Landesausschusses wurden mit jeweils großen Mehrheiten die bisherigen Mitglieder Sabrina Vache und Christoph Filler bestätigt. Zu ihren Stellvertretern wurde Kristina Schulz und Michael Kaufmann gewählt.

Erfreulich viele Genossinnen und Genossen hatten sich für eine Kandidatur als Landesparteitagsdelegierte bereit erklärt.

So wurden unter sechs Kandidatinnen Sabrina Vache, Sabine Lösing, Doreen Bethé (geb. Wohlrab), Julia Niekamp als Delegierte und Sissi Spiegler und Beatrice Gerritzen als Ersatzdelegierte gewählt. Unter zehn männlichen Kandidaten wurden Gerd Nier, Joachim Bons und Eckhard Fascher als Delegierte gewählt. Christoph Filler, Oliver Preuß und Peter Strathmann die gleichviel Stimmen erhalten hatten, verständigten sich darauf, dass Oliver Delegierter sowie Peter und Christoph Ersatzdelegierte werden.

Ein Antrag der Jugendgruppe linksjugend [´solid] zum Landesparteitag

zur Flüchtlingspolitik wurde einstimmig angenommen. Dieser fordert einen dauerhaften Abschiebestopp, mehr Geld für Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen, eine großzügige Handhabung des Aufenthaltsrechtes auch mit gruppenspezifischen Lösungen, eine Zusage des Landes 20.000 vor dem IS flüchtende Menschen ohne Vorbedingungen aufzunehmen, eine freie Wohnungswahl für Flüchtlinge und einen kostenlosen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen. Auf Bundesebene werden Gesetze gefordert, die Flüchtlingen einen dauerhaften Aufenthaltsstatus und eine gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem, Arbeits- und Wohnungsmarkt ermöglichen. Die EU soll ihre Abschottung beenden und legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge ermöglichen. *ef*

► Erfolgreicher Auftakt der Reihe Roter Salon

Zur Beförderung der politischen Diskussion und zur Verständigung von Linken unterschiedlicher Strömungen führt die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Veranstaltungsreihe Roter Salon durch. Es sollen Schritte für eine gemeinsame emanzipatorische Praxis entwickelt und diskutiert werden wie eine nicht-kapitalistische Gesellschaft aussehen und der Kapitalismus überwunden werden kann. (vgl. GöBlä 10/2014, S.11)

Von November 2014 bis Januar 2015 haben mittlerweile drei Veranstaltungen stattgefunden.

Den Auftakt bildete dabei ein von rund vierzig Personen am 3. November besuchter Vortrag von Julian Bierwirth von der Gruppe Krisis zum Thema „Was ist Anti-Kapitalismus heute.“

Am 1. Dezember stellte dann der LINKE Landesvorsitzender Manfred Sohn seine Thesen zur heutigen Krise seit 2008 vor, die sich nach Ansicht von Sohn von den früheren Krisen dadurch grundlegend unterscheidet, dass in einem dem Kapitalismus vollständig unterworfenen Erdball, der Kapitalismus an seiner eigenen Produktivität quasi ersticke. Die

Alternative sieht er in einem kommunalen Sozialismus oder was aus seiner Sicht wahrscheinlicher ist, in einem Abgleiten in barbarische Zustände. Kritik wurde vor allem an der These von der Einzigartigkeit der Krise geäußert.

Fortgesetzt wurde die Reihe mit einem Vortrag von Wolfgang Krumbein zum Finanzmarktkapitalismus. Der ebenfalls eingeladene Joachim Bischoff hatte kurzfristig abgesagt. Anders als Manfred

sieht Wolfgang den Kapitalismus keineswegs am Ende. Er vertrat hier eine klassische linkskeynesianistische Position, wonach der Staat mit einer kurzfristigen Verschuldung imstande sei, die Krise zu lösen. Linke sollten dabei die Position des „fortschrittlichen“ Notenbankchefs Draghi gegen die der Bundesregierung einnehmen.

Dies stieß erwartungsgemäß auf Kritik, zumal die Verschuldung keinesfalls für sinnvolle Investitionen oder eine Lösung der sozialen Probleme erfolgt, sondern primär den Finanzsektor zugute kommt..

Die Reihe Roter Salon wird fortgesetzt. *ef*

Wir trauern um unseren Genossen Jörg Leifheit

Am 11. Januar verstarb völlig unerwartet unser Uslarer Genosse Jörg Leifheit an den Folgen eines tragischen Verkehrsunfalls im Alter von nur 51 Jahren. Jörg war Ratscherr in Uslar und Mitglied des Northeimer Kreisvorstandes der LINKEN.

Seit Gründung der Partei DIE LINKE war Jörg ein engagierter und aktiver Genosse. Wenn es um den Wahlkampf, um Infostände und Aktionen ging, war Jörg stets daran beteiligt.

Jörg ist in Uslar aufgewachsen, hat Ausbildungen als technischer Zeichner und Fahrlehrer, war dann aber in den letzten Jahren erwerbslos. Ihm ging es vor allem um das Soziale, insbesondere den Einsatz für die Hartz-IV-Opfer.

Unsere Genossinnen und Genossen in Uslar und im Kreis Northeim verlieren nicht nur einen engagierten, sondern auch einen stets freundlichen und hilfsbereiten Mitstreiter.

Unser Mitgefühl gilt vor allem seiner Mutter, die mit ihm zusammengelebt hatte.

Bei Anderen gelesen:

► Niedersächsische Exportwirtschaft leidet unter Ukraine-Krise

Die Ukraine-Krise hat Spuren hinterlassen: Etwa jedes dritte Unternehmen mit Außenwirtschaftsbeziehungen aus Niedersachsen ist von den daraus resultierenden Wirtschaftssanktionen der EU oder den Gegenmaßnahmen der russischen Regierung betroffen. In einzelnen Fällen werden Umsatzeinbrüche im Export von über 50 Prozent erwartet. Das zeigt die Landesauswertung der aktuellen bundesweiten Umfrage „Going International“ durch den Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertag (NIHK). „Der andauernde Konflikt mit Russland schadet nicht nur den Menschen vor Ort, er schadet auch der Wirtschaft“, sagt NIHK-Hauptgeschäftsführerin Dr. Susanne Schmitt. „Durch die Sanktionen drohen die über viele Jahre gewachsenen Geschäftsbeziehungen niedersächsischer Unternehmen mit russischen Partnern langfristig Schaden zu nehmen, die Verunsicherung ist groß.“ Die Exportwirtschaft brauche verlässliche Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit, daher sei eine baldige politische Lösung unerlässlich. Immerhin sei jeder zweite im Ausland tätige niedersächsische Betrieb in Osteuropa, Russland und den GUS aktiv, mehr als 40 Prozent der Befragten bezeichneten das Russlandgeschäft als wichtig oder sehr wichtig.

„Für viele Außenhandelsunternehmen bricht ein wichtiger Markt weg“, so Schmitt, „vor allem der Mittelstand leidet unter der derzeitigen Situation“. Insgesamt seien die Exporte aus Niedersachsen nach Russland laut Landesamt für Statistik Niedersachsen von Januar bis September 2014 mit 1,6 Milliarden zu beziffern, rund 500 Millionen weniger als im Zeitraum des Vorjahres. In der Kfz-Branche habe es einen Rückgang um 255 Millionen Euro auf 451 Millionen Euro gegeben, im Maschinen- und Anlagenbau seien es mit 333 Millionen Euro 92 Millionen Euro weniger als in 2013 und in der Ernährungswirtschaft seien die Exporte auf 99 Millionen Euro (minus 76 Millionen Euro) gesunken.

Auslandsgeschäft: Mehr Handelshemmnisse

Der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt für niedersächsische Unternehmen bleibe gemäß der Umfrage die Eurozo-

ne: Gut 90 Prozent der exportierenden Unternehmen agierten dort, gefolgt von den restlichen EU-Mitgliedsstaaten und Osteuropa/Russland/GUS mit jeweils rund 52 Prozent.

„Im großen und ganzen sind die niedersächsischen Unternehmen mit ihrem Auslandsgeschäft zufrieden“, berichtet die NIHK-Hauptgeschäftsführerin. „Allerdings haben sich in der Umfrage auch mehr als 40 Prozent über eine Zunahme von Handelshemmnissen beklagt, die vielerorts den Markteinstieg erschweren.“ Probleme bereiteten demnach vor allem lokale Zertifizierungsanforderungen (56 Prozent) und verstärkte Sicherheitsanforderungen (50 Prozent). So würden in Asien und den USA beispielsweise deutsche und europäische Zertifikate oftmals nicht anerkannt. Auch der Abbau von Zöllen und die Vereinfachung der Zollabwicklung sei für rund 80 Prozent der Befragten wichtig bzw. sehr wichtig.

Chance TTIP

Mehr Chance als Bedrohung: Bereits bei einer NIHK-Umfrage im Vorjahr hätten zwei von drei befragten Betrieben angegeben, dass sie bei einer Umsetzung des Transatlantischen

Freihandelsabkommens (TTIP) mit einer besseren oder gleichbleibenden Perspektive ihrer Geschäfte in den USA

rechneten. Und auch die aktuelle Umfrage habe ergeben, dass für mehr als 70 Prozent der Unternehmen die Entwicklung einheitlicher transatlantischer Standards wichtig bzw. sehr wichtig sei. „Eine gegenseitige Anerkennung gleichwertiger Standards, Normen und Zertifizierungen und eine transparente Verhandlungspolitik seitens der EU und den USA sind die Grundvoraussetzungen für den Erfolg und die öffentliche Akzeptanz von TTIP“, betont Schmitt. Umso erfreulicher sei es, dass die EU Kommission jetzt in die Transparenzoffensive gegangen sei und einen Teil der Texte veröffentlicht habe. „TTIP wird, wie auch andere von der EU abgeschlossene Freihandelsabkommen, einen wichtigen Beitrag zum internationalen Erfolg unserer niedersächsischen Unternehmen leisten und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken.“

Hintergrund

Grundlage für die Auswertung ist die kürzlich erfolgte bundesweite Umfrage „Going International“ des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) zu Erfahrungen und Perspektiven der deutschen Wirtschaft im Auslandsgeschäft, an der bundesweit 2000 und in Niedersachsen 250 Unternehmen teilgenommen haben. Von den rund 152.000 Handelsunternehmen in Niedersachsen haben 3.381 Kontakt zum Ausland (2 Prozent). In den exportstarken Branchen, wie Industrie- und Großhandel, sind 26.600 Unternehmen tätig, von denen exportieren 1.700 (6,3 Prozent).

<http://www.n-ihk.de>

DOKUMENT-NR. 2396

► Kandidatur beschlossen

Linke treten bei Kommunalwahl an

Göttingen. Die Göttinger Linken wollen bei der nächsten Kommunalwahl in eineinhalb Jahren in Göttingen erneut antreten – für den Rat der Stadt und auch für Sitze in den Ortsräten. Dabei setzen sie wie bei vorangegangenen Wahlen auf ein Bündnis mehrerer Gruppen in der „Wählergemeinschaft Göttinger Linke“. Das haben die Mitglieder des Göttinger Ortsverbandes jetzt beschlossen, nach Angaben ihres Sprechers Peter Strathmann einmütig. Damit sind sie die Linken die erste kleine politische Gruppe in der Stadt, die ihre verbindliche Teilnahme an den Kommunalwahlen im Herbst 2016 beschließt.

Die Wählergemeinschaft Göttinger Linke hat sich erstmals zu den Wahlen 2006 formiert und ist ein Zusammenschluss der Gruppen Die Linke, DKP, Groner Antifaschistische Liste (GRAL) und parteilosen Mitstreitern. Seit 2006 ist sie auch im Rat der Stadt und verschiedenen Ortsräten vertreten, im Rat hat sie zurzeit drei Sitze. Der Sprecher der Wählergemeinschaft, Gunnar Siebecke, wertete den Beschluss der Gruppe Die Linke als ein „starkes Signal für die Fortsetzung einer bereits seit 1991 bestehenden Tradition, die linken Kräfte auf kommunaler Ebene zu bündeln.“ (aus GT 17.01.2015)